

## **Disziplin und Nervenstärke**

**Der Schwarze Schwan, nun ist er da: Und die deutsche Wirtschaft geht geschwächt in die Corona-Krise**

**Bruno Bandulet**

Auch Politiker tun sich schwer damit, das Unvorhersehbare zu akzeptieren. Im vorliegenden Fall ließ sich die deutsche Meisterin des späten Reagierens, Angela Merkel, ein paar Wochen Zeit, bis sie am 11. März vor die Medien trat, die Raute zeigte und verkündete: „Der Virus ist in Europa angelangt.“

Einerseits erklärte sie, daß mit einer Infektionsrate von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung zu rechnen sei, was ein FDP-Politiker als „tolpatschig“ kritisierte. Andererseits ließ sie, typisch Merkel-Sprech, auch wieder alles offen: „Wir müssen mit viel mehr Unbekanntem noch agieren, deshalb ist die Situation schon noch eine andere.“

Das Phänomen, mit dem sich Merkel abmühte, mit dem China seit dem vergangenen Dezember und der Westen spätestens seit Februar konfrontiert ist, fällt in die Kategorie „Schwarzer Schwan“. Popularisiert hat die Metapher Nassim Nicholas Taleb mit seinem 2007 erschienenen Bestseller mit gleichnamigem Titel. Er versteht darunter „Ausreißer“, die außerhalb des Bereichs regulärer Erwartungen liegen und die enorme Auswirkungen haben.

Zu den Schwarzen Schwänen, die ihre eigene Dynamik entfalten, zählen der Börsencrash von 1929 und der von 2008, der Ausbruch der Eurokrise 2010 oder auch der New Yorker Terroranschlag vom 11. September 2001. Im nachhinein lassen sich für solche Ereignisse Vorwarnungen und frühe Hinweise finden. Insbesondere an den Finanzmärkten lösen derartige Katastrophen Panik aus. Sie zerstören die Illusion einer Spaß- und Null-Risiko-Gesellschaft. Die betroffene Öffentlichkeit, eben noch beschäftigt mit weichen Themen wie Genderismus, sozialpolitischen Wohltaten und humanitärer Weltverbesserung, schaltet im Angesicht des Ernstfalls um auf harte Themen. Sie versteht sich dann, jedenfalls für eine gewisse Zeit, als organisierte Gefahrengemeinschaft.

Die jetzige Krise erinnert am ehesten in ihren massenpsychologischen Auswirkungen an diejenige, die sich 2007 anbahnte, 2008 mit voller Wucht ausbrach, 2009 bewältigt schien und 2010 mit dem Bankrott Griechenlands in anderer Gestalt zurückkehrte. Sie ging nicht wie damals von den USA, sondern von China aus. Sie wurde nicht von Banken ausgelöst, sondern von einem Virus. Sie kann nur partiell und unzureichend mit dem Instrumentarium der Zentralbanken bekämpft werden. Gefragt ist der Rat von Virologen, weniger der von Finanzexperten. Wieder aber sind sowohl die reale Wirtschaft als auch die Finanzmärkte betroffen, wobei sich die negativen Effekte beider

gegenseitig verstärken. Umgekehrt wird der Aktienmarkt den nächsten Aufschwung noch vor Ende der Rezession vorwegnehmen.

Noch im Januar ließ der Bundesbank-Frühindikator für die Weltwirtschaft eine Besserung für 2020 erwarten, nachdem 2019 die Weltwirtschaft am schwächsten seit der letzten Finanzkrise gewachsen war. Die Prognose ist jetzt Makulatur. Deutschland, der Eurozone und vor allem Italien steht eine Rezession bevor. Im besten Fall geht es schon im zweiten Halbjahr wieder aufwärts, wenn dann unterlassene Käufe, Bestellungen und Investitionen nachgeholt und die Lager wieder aufgefüllt werden.

Die Ankündigung der Bundesregierung, den Unternehmen notfalls „ohne Begrenzung“ mit Krediten zu helfen und Steuerzahlungen zu stunden, ist deswegen richtig. Daß davon auch Zombie-Unternehmen profitieren könnten, die nur dank der fatalen Null-Zins-Politik der EZB überlebt haben, wird schwer zu vermeiden sein. Zudem verabschiedet sich nun auch Deutschland von der Haushaltsdisziplin der vergangenen Jahre. Der Euro-Stabilitätspakt ist tot. Die Staatsschulden werden wieder steigen. Die Geldschleusen werden weit geöffnet.

Jedenfalls ist die Regierung Merkel schuld daran, daß die deutsche Wirtschaft in geschwächter Verfassung in die Krise geht. Die Koalition hat im Zuge der dilettantischen Energiewende für exorbitante Stromkosten gesorgt. Sie hat, abzulesen an den Aktienkursen, die deutschen Autobauer und damit die führende Industriebranche an den Rand des Ruins getrieben. Sie hat es unterlassen, die monströse Bürokratie zu beschneiden und die im internationalen Vergleich zu hohe Steuerlast zu verringern. Steuersenkungen statt mehr Umverteilung wären ein vernünftiges Rezept gewesen. Das gilt immer noch.

Wenn die Epidemie abgeflaut und die Wirtschaft zur Normalität zurückgekehrt ist, wird die Erkenntnis wachsen, daß ein Übermaß an Globalisierung die Fragilität erhöht. Zu lange und komplexe Lieferketten machen die Wirtschaft in der Krise verletzlich. Die Versorgung mit Arzneimitteln ist gefährdet, wie sich jetzt gezeigt hat, wenn die Abhängigkeit von Importen aus China und Indien zu groß ist. Mehr im eigenen Land herzustellen wird sicherer, aber teurer sein und später die Inflation anschieben. Die bleibt vorerst, nicht zuletzt wegen des Zusammenbruchs der Ölpreise, gedämpft – ein Crash, der große Teile der amerikanischen Fracking-Industrie unrentabel macht und damit den Keim für die nächste Ölpreishausse legt.

Vor allem aber wird die Corona-Krise zur Stunde der Exekutive – nicht der europäischen in Brüssel, der es an Kompetenz und Legitimität mangelt, sondern der nationalen Regierungen. Die Parallelen zur Flüchtlingskrise sind unübersehbar. Die jetzt angesagten Tugenden wie Disziplin, Nervenstärke, Geduld und Gemeinsinn sind nur auf nationaler Ebene mobilisierbar.

Zwei Nebeneffekte der Epidemie bestehen darin, daß die modischen Luxusthemen des linksgrünen Komplexes plötzlich alt aussehen und daß die Nachfolge Angela

Merkels vermutlich vorentschieden ist. Armin Laschet und Jens Spahn bekommen und ergreifen die Chance, sich als Krisenmanager zu bewähren.

## **Im Zweifel für die Freiheit**

### **Verfassungsschutz II: Kritik der Verdachtsberichterstattung**

**Jörg Kürschner**

Gesellschaften verändern sich und mit ihnen staatliches Handeln. Dem Wandel suchen die Parlamente mit (Reform)-Gesetzen Rechnung zu tragen, die von den Gerichten angewendet und ausgelegt werden. Diesen begrenzten Spielraum hat die Verwaltung nicht, oder sie beansprucht ihn erst gar nicht, wie der Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek am Beispiel des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) nachweist. Das Amt rügt seit einigen Jahren einen „einseitig verengenden Volksbegriff, dem eine ethnokulturelle Konzeption zugrunde liegt“. Darin könnte nach Ansicht der Behörde ein Verstoß gegen die Menschenwürde liegen, da ethnisch Nichtdeutsche ausgegrenzt und diskriminiert werden könnten.

Im Umkehrschluß bedeute diese Auffassung, daß „es kein legitimes Ziel der Politik (sei), die ethnisch-kulturelle Identität der Nation ... zu bewahren“, folgert der Autor, der die AfD in ihrer Auseinandersetzung mit dem BfV juristisch berät (JF 4/20). BfV-Präsident Thomas Haldenwang hatte am vergangenen Donnerstag den „Flügel“ der AfD zur „gesichert rechtsextremistischen Bestrebung“ erklärt und diese folgenschwere Einschätzung unter anderem mit dessen „völkischen Positionen“ begründet (siehe nebenstehender Beitrag).

Rückblick. Die CDU hatte – gestützt auf höchstrichterliche Urteile – die Wahrung der nationalen Identität noch 1999 vehement im hessischen Landtagswahlkampf verteidigt („Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben?“), die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatte 2010 Multikulti für „absolut gescheitert“ erklärt. Was hat sich seitdem verändert? Das Meinungsspektrum hat sich zu einem Rinnsal verengt, denn Positionen der Grünen, vieler Medien und NGOs dominieren inzwischen den von Politischer Korrektheit geprägten hypermoralischen Diskurs. Wenn die Verfassungsschützer nunmehr Kritik am Multikulturalismus in die Schmutzlecke des Extremismus stellen, machten sie sich zum hoheitlichen Vollstrecker dieser Partei, kritisiert der Verfassungsrechtler. Den Beurteilungsspielraum im Sinne der Meinungsvielfalt auszuüben statt eine Meinung als angeblich extremistisch zu brandmarken, kommt der Kölner Behörde offensichtlich nicht in den Sinn.

Diese veröffentlicht jährlich den Verfassungsschutzbericht, der die Öffentlichkeit über extremistische Parteien, Organisationen und Publikationen aufklären soll. Mit

Ausnahme der PDS/Linke habe die Erwähnung politischer Parteien im Verfassungsschutzbericht „stets zuverlässig dafür gesorgt, daß diese in Bedeutungslosigkeit versanken“, konstatiert der Autor am Beispiel der Republikaner (Rep). Derart markierte Parteien hätten „regelmäßig keine Chance ..., dauerhafte Wahlerfolge zu erzielen und sich als einflußreiche politische Kräfte zu etablieren“. Interessant ist Murswicks Erklärung dafür, daß der PDS/Linke die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht offenbar nicht oder nicht meßbar geschadet hat. Deren Verwurzelung in der ehemaligen DDR mit Personal, Ressourcen und Wählerstamm der SED habe der Nachfolgepartei eine Basis geschaffen, „die sich von Bewertungen in Verfassungsschutzberichten nicht beeinflussen ließ“. Ob diese Form politischer Immunität gegenüber dem hoheitlichen Diktum auch der AfD zugute kommen wird, bleibt abzuwarten. Als die Behörden die Beobachtung der Republikaner wegen fehlenden Extremismusverdachts einstellen mußte, war das politische Schicksal der rechtskonservativen Partei längst besiegelt.

Murswiek nennt ein weiteres Beispiel für die Abwehrhaltung des Amtes gegenüber vermeintlich extremistischen Meinungen. Der 8. Mai 1945 wurde in Westdeutschland bis zur Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 als „Tag der Kapitulation“ bezeichnet. In der DDR war vom „Tag der Befreiung“ die Rede. Unlängst kritisierte Haldenwang, der 8. Mai werde halb im Scherz „Tag der Kapitulation“ genannt statt „Tag der Befreiung“. Dadurch werde „die Grenze des Sagbaren verschoben“, empörte sich der oberste Verfassungsschützer, dem Murswiek eine undemokratische Ausgrenzung vorwirft.

### **„Pressefreiheit läßt Kritik an Verfassungswerten zu“**

Ausführlich widmet sich der emeritierte Hochschullehrer der aus seiner Sicht grundsätzlich grundgesetzwidrigen Verdachtsberichterstattung, der die JUNGE FREIHEIT knapp zehn Jahre ausgesetzt war. Im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht wurde die JF wegen angeblicher „tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht auf rechtsextremistische Bestrebungen“ genannt. Es sei nur der Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung festgestellt worden, gesicherte Erkenntnisse dafür – die die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht rechtfertigen würden – lägen aber nicht vor, urteilte das Bundesverfassungsgericht 2005, das dem Amt und dem Innenministerium strengere Kriterien für Veröffentlichungen vorgab.

„Die bloße Kritik an Verfassungswerten reicht nicht aus“, die Meinungs- und Pressefreiheit lasse auch eine kritische Auseinandersetzung mit Verfassungsgrundsätzen zu. Seitdem wird die JF in den Verfassungsschutzberichten nicht mehr erwähnt. Im Zweifel für die Freiheit.

Dietrich Murswiek: Verfassungsschutz und Demokratie. Schriften z. Öff. Recht Bd. 1416, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2020, broschiert, 187 Seiten, 39,90 Euro

# **„Wir müssen eigene Medien aufbauen“**

## **Internetvideos: Mehrere AfD-Politiker produzieren auf Youtube erfolgreiche Bewegtbildformate**

**Gil Barkei**

Rutsch noch ein bißchen zur Seite“, positioniert Vadim Derksen seinen Parteifreund Ferdinand Vogel vor der blau gestrichenen Holzwand, während er konzentriert auf das Display einer kleinen Kamera schaut. Der Sprecher der Jungen Alternative (JA) Berlin und sein Vizesprecher bauen gerade ihr kleines Filmstudio in der Landesgeschäftsstelle der AfD Berlin für eine neue Aufnahme auf. Mittig im Hintergrund leuchtet das Flammenlogo der Jugendorganisation der Alternative für Deutschland, was die Beleuchtungslampen herausfordert.

„Wir müssen unsere eigenen Medien aufbauen,“ betont der frühere Bundeswehrsoldat Vogel mit Blick auf die deutsche Fernsehlandschaft, in der AfD-Politiker entweder gar nicht in Talkshows und Nachrichtensendungen zu Wort kommen (JF 31-32/18) oder wenn doch in einer Runde mehrheitlicher Gegner vorgeführt werden sollen. „In Österreich gibt es wenigstens ServusTV, aber in Deutschland gibt es nichts ähnliches“, kritisiert er im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT.

Im Juli wurden die beiden Nachwuchspolitiker in den Vorstand der JA Berlin gewählt und setzen seitdem auch auf einen stärkeren Ausbau der digitalen Kanäle und insbesondere der Videoangebote. Im Moment sind die Abo-Zahlen bei Youtube (909) und Instagram (1.325) noch überschaubar, aber die Zugriffszahlen steigen und neue Bewegtbildformate sollen gezielt junge Nutzer erreichen.

### **Es fehle eine „Gesamtstrategie“**

Den Anfang machten vergangenes Jahr mehrere Straßenvideos aus den Bezirken der Hauptstadt. „Wir experimentieren im Moment noch und schauen, was läuft“, erzählt Derksen. Positiver Nebeneffekt: „Die jungen Mitglieder sollen eingebunden werden, damit sie lernen, wie man mit Videos und sozialen Medien arbeitet – davon kann die Partei nur profitieren.“ Im Oktober haben die beiden damit begonnen, das eigene Studio mit viel Eigenengagement und zusammengesammeltem Equipment aufzubauen.

Seit Mitte Februar laufen nun die ersten Studioproduktionen auf dem Youtube-Kanal der Bundes-JA (1.350 Abonnenten), wie beispielsweise „Patria Berlin“, in der Derksen und Vogel humorvoll die gesellschaftspolitischen Ereignisse der Woche Revue passieren lassen. Produktionen zu spezifischen Hauptstadtthemen sollen auf dem Kanal der Berliner JA folgen. Inspiration holen sich die zwei Autodidakten dabei auch bei erfolgreichen unpolitischen Kanälen. Das Ziel: „Lockere Talk-Formate“ und „weg von dem typischen ‘Boomer-TV’, bei dem eine Person lediglich langweilig in die Kamera erzählt“. Damit sollen die Video-Projekte auch mehr Anklang und Förderung bei der Bundespartei finden.

Die hat mit dem Format „Offen trifft Ehrlich“ auf ihrem eigenen Kanal „AfD TV“ (75.200 Abonnenten) bereits Anfang November einen „Alternativen Talk“ ins Leben gerufen. „In den Medien konnten wir uns zu den Vorwürfen des Verfassungsschutzes kaum äußern. Deshalb hat sich der Bundesvorstand für diese Aufklärungskampagne entschieden“, sagt Jonas Dünzel, der die Vis-à-vis-Gespräche mit Alexander Gauland, Alice Weidel und Co. führte.

Dünzel moderierte nicht nur auch die AfD-eigene Berichterstattung vom Bundesparteitag 2019, sondern ist auch auf seinen persönlichen Profilen auf Facebook (12.700 Abos), Youtube (2.640) und Instagram (2.900) sehr aktiv: „Kein Mensch liest sich heutzutage noch Pressemitteilungen in Schriftform durch. Nach der Arbeit schauen sich die meisten Wähler oder Interessenten höchstens noch zwei bis drei Videos an. Deshalb bietet Youtube die perfekte Plattform, um kurz und knapp auf interessante Dinge aufmerksam zu machen.“ Mit seinen Videos möchte der sächsische Vertreter im AfD-Bundeskonvent das „falsche Bild“ seiner Partei in der Öffentlichkeit „verändern“ und „junge Wähler ansprechen“.

Dabei hat der 26jährige Zwickauer auch keine Scheu, linke Demonstranten und Antifa-Anhänger mit der Kamera und kritischen Fragen zu konfrontieren. Das komme laut Dünzel bei vielen Nutzern gut an: „Selbst Mitglieder anderer Parteien loben die Videos. Über Instagram und Youtube melden sich jeden Tag Interessenten, die aufgrund der Videos Mitglied bei uns werden wollen.“ Die AfD müsse diese „immense Reichweite“ von Bewegtbildern „noch besser nutzen“ und sollte daher ein „Expertenteam gründen, um regelmäßig gute Videos zu produzieren“.

Ähnlich sieht das auch der nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Roger Beckamp, der Ende 2018 auf eigene Faust zusammen mit Dünzel aus Marrakesch von der Migrationspakt-Konferenz berichtete. Mit seinen Debattenversuchen bei Erdoğan-Anhängern, Anti-AfD-Protestlern oder Pressevertretern in Chemnitz erzielte der Kölner zudem bereits mehrere hunderttausend Aufrufe bei Youtube (31.300 Abonnenten).

Er kritisiert gegenüber der JF, daß die AfD „keine Gesamtstrategie“ habe und „jeder so ein bißchen seins mache“. Er fordert: „Die Bundespartei müßte sich mal hinsetzen und schauen, wen wir haben und wer was machen könnte.“ Neben „mehr Budget für eigene Ausrüstung“ und „mehr Redaktionsplanung“ brauche es „verschiedene Leute und neue, sympathische Charaktere“. Und „dann müßte man bereit sein, etwas auszuprobieren und auch mal Geld zu versenken, falls es schiefgeht“.

### **Geschehnisse vor Ort zum Vorschein bringen**

Aus der Bundesgeschäftsstelle der AfD in Berlin heißt es tatsächlich, daß dort in den kommenden Monaten ein eigenes Bewegtbildstudio entstehen soll.

Für Beckamp sind allerdings vor allem „Straßenvideos“ und das Motto „AfD vor Ort“ vielversprechend: „Schicksale und Geschehnisse“ zum Vorscheinbringen, „über die

sonst nicht berichtet wird“, die aber beispielhaft für die Probleme „Hunderter, Tausender Menschen“ stehen. Er habe zum Beispiel eine Rollstuhlfahrerin besucht, die seit Jahren in ihrer Nachbarschaft von „den immer gleichen Personengruppen drangsaliiert“ werde. „Wenn sie erzählt, wie ihr Rolli umgeworfen wird, wie Kippen auf sie geschnipst werden ... da kriegen Sie Zornesröte im Gesicht.“ Wichtig sei außerdem, den „doch eher drögen parlamentarischen Betrieb humorvoll und heiter aufzubereiten“.

Einer, der dies „mit einem gewissen Augenzwinkern“ versucht, ist der Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner (11.500 Abonnenten auf Youtube). Zusammen mit der Abgeordneten Corinna Miazga (44.600) hat er die Reihe „Brandheiß“ auf die Beine gestellt, in der die beiden Politiker die Höhepunkte, aber auch die „Aussetzer der Altfraktionenvertreter“ aus der jeweils vergangenen Plenarwoche darstellen und launig kommentieren.

Dazu bietet Brandner seit einem Jahr das eigene Format „5 Fragen und 5 Antworten“ an, in dem er jeden Freitag aktuelle Themen in circa 15 Minuten aufgreift. Für ihn ist Youtube ein wichtiges Instrument: „Ich erreiche viel mehr Menschen, als es mir sonst möglich wäre, insbesondere weil eine herkömmliche Pressearbeit für Abgeordnete der AfD nahezu ausgeschlossen ist. Wir werden nahezu überall ausgegrenzt und ignoriert.“ Auch Miazga hat sich noch ein eigenes Format aufgebaut: Mit „Gegenrede“ betreibt sie ihre „alternative Talkshow“.

Für die Zukunft wünscht sich Brandner mehr Zusammenarbeit mit „anderen etablierten Youtubern“ und „wirklich kontroverse“ Diskussionsrunden; „gerne auch mit Vertretern völlig anderer Meinungen, die aber – im Gegensatz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk – fair moderiert werden.“

## **Zum Krankheitscharakter der Transsexualität**

# **Opfer der Genderideologie**

**Johannes Eisleben**

Homosexualität und Bisexualität wurden im Zuge der Modernisierung und Emanzipation westlicher Gesellschaften seit den 1960er Jahren zuerst entkriminalisiert und dann depathologisiert. Dies ist eine wünschenswerte Entwicklung und Ausdruck echten gesellschaftlichen Fortschritts. Doch seit gut zwanzig Jahren beobachten wir eine neue Entwicklung, die im Bereich der echten Krankheiten der sexuellen Orientierung immer mehr Opfer einer modischen Pseudoemanzipation fordert: die Genderideologie. In ihrer verbreiteten, vulgären Ausprägung wirft sie gesunde Homo- und Bisexuelle oder Transvestiten mit schwer kranken Menschen, den Transsexuellen, in einen Topf.

Birgit Kelle hat Ende Dezember (auf [achgut.com](http://achgut.com)) beschrieben, wie das den Menschen schadet. Die Genderideologie richtet sich mittlerweile gegen die überwältigende Mehrheit der Frauen, nämlich heterosexuelle, reproduktionsfähige Menschen. Kelle schildert, wie sogenannte „Transfrauen“, das sind biologische Männer, die sich selbst als Frauen definieren, vom Staat Privilegien erhalten, die es ihnen erlauben, sich mit sexueller Gewalt an echten Frauen ausagieren zu können. Solche „Transfrauen“ werden an Zufluchtsorten, die Opfern männlicher Gewalt Schutz und Sicherheit zu geben versuchen, zugelassen oder in Strafanstalten für Frauen inhaftiert. Dort befinden sich fast ausschließlich sozial schwache echte Frauen. Sie sind dann gefährdet, von „Transfrauen“ sexuell belästigt und sogar vergewaltigt zu werden.

Warum verleiht der Staat psychisch kranken „Transfrauen“ solche für die Mehrheit der Frauen gefährlichen Privilegien? Versuchen wir hier darauf zu antworten, indem wir uns zunächst den Krankheitscharakter der Transsexualität ansehen, um dann die menschenfeindliche Hybris zu verstehen, mit der wir es hier zu tun haben.

Menschen, die sich nicht dem eigenen biologischen Geschlecht zugehörig fühlen, obwohl Chromosomen und Geschlechtsorgane normal sind, sind seelisch krank, oft schwer krank – sie leiden unter einer Störung der sexuellen Identität. Die WHO-Krankheitsklassifikation ICD-10 führt Transsexualismus unter der Rubrik für Persönlichkeitsstörungen (F64). Die Krankheit ist mit einem Vorkommen von maximal 5/100.000 sehr selten.

Was macht ihren Krankheitswert aus? Daß Transsexuelle in der Regel nicht in der Lage sind, sich zu reproduzieren und Familien zu gründen, und daß sie darunter leiden, im Kern ihrer Identität schwer gestört zu sein. Daß dies schwer kranke Menschen sind, sieht man an der hohen Ko-Erkrankungsrate (Komorbidität) mit weiteren psychischen Erkrankungen und ihrer sehr hohen Selbstmordrate: Transsexuelle weisen eine sehr hohe Komorbidität mit anderen Geisteskrankheiten auf, vor allem mit Neurosen, an denen laut Urs Hepp und anderen 71 Prozent der Transsexuellen leiden oder litten sowie weiteren Persönlichkeitsstörungen, die 42 Prozent von ihnen aufweisen (Urs Hepp u. a., „Psychiatric comorbidity in gender identity disorder“, in: *Journal of Psychosomatic Research*, Volume 58, Issue 3, März 2005, Seiten 259ff.).

Diese Menschen leiden so sehr unter ihrem Zustand, daß die Suizidalität in dieser Gruppe laut Claire M. Peterson sehr hoch ist – oftmals müssen sie nach Suizidversuchen oder wegen Selbstverletzung in der Psychiatrie stationär behandelt werden (Claire M. Peterson u. a., „Suicidality, Self-Harm, and Body Dissatisfaction in Transgender Adolescents and Emerging Adults with Gender Dysphoria“, in: *Suicide and life-threatening behavior*, Volume 47, Issue 4, August 2017, S. 475–482).

Unter vielen Laien, die noch nie Transsexuelle behandelt haben und deren Leid nicht kennen, ist es heute nicht mehr üblich, Transsexuelle als krank anzusehen. Ihr Zustand wird vielmehr als eine weitere Variante der „Neosexualität“ aufgefaßt.



Die meisten Transsexuellen sind idiopathische Psychopathen, Menschen, die unter ihrer eigenen Persönlichkeitsstörung leiden. US-Psychiater sprechen offiziell nur noch von „Gender dysphoria“, um die Stigmatisierung durch den Begriff „disorder“ zu vermeiden. Das ist euphemistisch, denn eine Dysphorie ist eine vorübergehende Verstimmung; der Begriff wird der Schwere der Krankheit nicht gerecht.

Auch die derzeit kanonische Definition der Krankheit ist sehr problematisch: Das Diagnostisch-Statistische Manual (DSM) psychiatrischer Erkrankungen definiert sie als das „Leid, das Menschen aufgrund einer Unstimmigkeit zwischen ihrer Geschlechtsidentität und dem ihnen bei Geburt zugewiesenen Geschlecht empfinden“. Die Definition geht also davon aus, daß das Geschlecht vom Arzt zugewiesen wird. Doch dies ist nur sehr selten der Fall: Über 99,999 Prozent der Neugeborenen haben ein eindeutiges biologisches Geschlecht, das der Arzt nicht zuweist, sondern feststellt.

Unter vielen Laien, die noch nie Transsexuelle behandelt haben und deren Leid nicht kennen, ist es heute nicht mehr üblich, Transsexuelle als krank anzusehen, sondern ihr Zustand wird als eine weitere Variante der „Neosexualität“ aufgefaßt. Damit wird diesen Menschen der Krankheitszustand abgesprochen. Dies ist zutiefst unmenschlich, da viele von ihnen so krank sind, daß sie lebenslang professioneller Hilfe bedürfen. Transsexuelle verdienen Mitleid und Zuwendung. Sie zu behandeln ist sehr anspruchsvoll und erfordert viel Erfahrung, Empathie und Geduld – eine Therapie, die deren Leid wirklich beseitigt, gibt es in den allermeisten Fällen nicht, auch wenn heute partielle therapeutische Anpassungen der äußeren Geschlechtsmerkmale möglich sind.

Transsexuelle Menschen sind Opfer der Genderideologie, die das berechtigte Anliegen der rechtlichen Gleichheit aller Menschen in den letzten 60 Jahren usurpiert und pervertiert hat. Wie ist das abgelaufen? Im 19. Jahrhundert wurden Christentum und metaphysisches Denken durch Rationalismus und zwei wesentliche neue, säkulare Heilslehren ersetzt: Liberalismus und Marxismus. Beide Ideologien hatten die Emanzipation der Menschen zum Ziel, allerdings mit verschiedenen Ansätzen und auch für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen.

Mit Nietzsche wurde der Rationalismus im 20. Jahrhundert selbst in Frage gestellt, vor allem durch Georges Bataille und Martin Heidegger, dann ab den späten 1960er Jahren durch deren französische Schüler wie Michel Foucault und Jacques Derrida. Für Derrida ist unser Denken „phallogozentrisch“ von Machtstreben geprägt. Dieses „postmoderne“ Denken ist antirationalistisch und pseudomarxistisch und pseudoemanzipatorisch: Es gibt vor, „herrschaftskritisch“ zu sein, doch wird es selbst zu einer Ideologie der Unmenschlichkeit, indem es die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens angreift.

Die Genderideologie, die philosophisch sehr erfolgreich von Judith Butler vorgetragen wird, verdeutlicht dieses Problem. Nach der erfolgreichen Emanzipation der Frau

durch rechtliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung und ihre chemisch induzierte reproduktive Entfunktionalisierung und dem Ende der Klassenkampfideologie suchten Westmarxisten nach dem nächsten „Subjekt der Geschichte“. Sie fanden es unter Rückgriff auf ältere Formen des Partikularismus in Form zahlreicher Minderheiten, wodurch die „Politics of Identity“ entstanden.

So gerieten neben zahlreichen anderen Minderheiten auch Transsexuelle in das Fadenkreuz postmodernen Schreibens. Charakteristisch dafür ist eine maßlose Selbstüberschätzung menschlicher Möglichkeiten mit einer antirationalen Leugnung der Ergebnisse naturwissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung. So behauptet Butler, daß das Geschlecht eine gesellschaftliche Zuweisung sei und es möglich sei, daß sich jeder Mensch für sein Geschlecht frei selbst entscheide. Scheinbar gelingt dadurch eine große Befreiung, die totale Emanzipation: Der Mensch kann sich nicht nur von seiner sozialen Herkunft emanzipieren, sondern auch radikal von seiner genetischen Ausstattung. Transsexuelle sind bei ihr keine Kranken mehr, sondern Vorreiter der totalen Emanzipation.

Transsexuelle werden zu ihrem Schaden entpathologisiert, so daß ihr Leid nicht mehr verstanden wird. In einer wirtschaftlichen Krise sind sie eindeutig schlechter gestellt als heute, weil die Mittel zu ihrer Behandlung dann „guten Gewissens“ reduziert werden.

Selbstverständlich ist aus Sicht dieser Leute Sexualität auch vollständig von Reproduktion entkoppelt. Im Stil des postmodernen Antirationalismus verleugnen Butler und ihre Anhänger die Erkenntnisse der Biologie zur Sexualität.

Wird das biologische Geschlecht für irrelevant erklärt und postuliert, man könne sich sein Geschlecht frei wählen, ergeben sich drei Opfergruppen: Transsexuelle, sozial schwache Frauen sowie Familien.

1. Transsexuelle werden zu ihrem Schaden entpathologisiert, so daß ihr Leid und ihre Hilfsbedürftigkeit nicht mehr verstanden werden. In einer wirtschaftlichen Krise sind sie dann eindeutig schlechter gestellt als heute, weil die Mittel zu ihrer Versorgung und Behandlung dann „guten Gewissens“ reduziert werden – ihr Krankheitsstatus ist dann ja schon vorher wegdefiniert worden. Dieses Phänomen kennen wir beispielsweise aus der sogenannten „Inklusionspolitik“, einer Sparmaßnahme zu Lasten geistig Behinderter.

2. Sozial schwache Frauen werden heute in den Einrichtungen Opfer transsexueller Gewalttäter, in denen sie Schutz vor männlicher Gewalt suchen. Dieses Problem steht in enger Beziehung zur skandalösen Verdrängung der sexuellen Gewalttaten insbesondere islamischer Migranten. Auch hier werden sozial schwache Frauen zu Opfern, weil Diskurs und Wahrnehmung durch pseudolinke Politische Korrektheit derart verzerrt sind, daß Täter zu Opfern stilisiert und Menschen, die sich für die Opfer engagieren, als „Nazis“ bezeichnet werden. Man erkennt hier sehr gut die Folgen der

Dematerialisierung der Linken seit etwa 1970 und ihrer desolidarisierenden Fokussierung auf Opferpartikularismus.

3. Die dritte Opfergruppe ist die traditionelle, monogame Familie, das Fundament der westlichen Zivilisation. Ohne diese Form der Vergemeinschaftung hätte es nie zu der für den Durchbruch von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie notwendigen Trennung von Privat- und Staatssphäre kommen können – was man gut durch den Kontrast zur islamischen Welt erkennt, die polygame Sippen als Vergemeinschaftungsmodell nutzt und daher nie über das Stammesmodell der Vergesellschaftung hinausgekommen ist, daher keine Rechtsstaatlichkeit und keine Demokratie kennt.

Doch für linkes Genderdenken spielt die Familie keine Rolle als zivilisatorische Kraft, allenfalls als Ort der patriarchalischen Unterdrückung. Daher setzen sich Gender- und Sexualtheoretiker einerseits für die Rechte von Minderheiten wie Transsexueller oder Homosexueller ein, andererseits rechtfertigen sie die neosexuelle Revolution, Abtreibung und sequentielle Kurzpartnerschaften. Ergeben sich dabei Kinder, sollen die mit wechselnden Bezugspersonen aufwachsen. Der dabei verursachte seelische Schaden der Kinder wird ausgeblendet, denn die hedonistische Selbstverwirklichung der Eltern und ihrer wechselnden Partner steht über allem.

Doch wer trägt nach wie vor die Last der Reproduktion und der Wertschöpfung? Hart arbeitende Männer und Frauen, die Broterwerb und Kindererziehung leisten. Die Genderideologie erzeugt im Namen von Emanzipation und Gleichheit immer mehr Opfer und neue Ungleichheit. Doch Linke lernen nichts daraus. Warum? Weil für sie die Politik den Glauben ihrer Vorväter ersetzt hat. Das ist ein dogmatischer, unfreier Glauben, den man nicht hinterfragt. Anders als die „Freiheit eines Christenmenschen“ (Luther), in dessen Glauben Zweifel vorgesehen ist.

**Johannes Eisleben**, Jahrgang 1971, ist Mathematiker und arbeitet als Systeminformatiker. Er publiziert auf dem Portal [achgut.com](http://achgut.com) sowie in der Zeitschrift *Tumult*. Mit seiner Familie lebt er bei München. Auf dem Forum schrieb er zuletzt über Kulturpessimismus und das weihnachtliche Erlösungsversprechen („Die Alternative“, JF 52/19–1/20).